

Bulgarien

Gesamteinschätzung

Unter dem Einfluss der wirtschaftlichen Abschwächung in Europa hat sich das Wirtschaftswachstum in Bulgarien im Jahre 2001 verlangsamt. Revidierte Angaben des Nationalen Statistischen Instituts gehen nun von einem Wachstum von 4,0% des BIP aus, gegenüber 5,4% 2000. Verursacht wurde diese Wachstumsabschwächung durch die sich verschlechternden außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die einen Anstieg des Handelsbilanzdefizits insbesondere im letzten Quartal 2001 bewirkten. Trotz höherer Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz durch gestiegene Tourismuseinnahmen schlug sich dies auch in der Leistungsbilanz nieder. Das Leistungsbilanzdefizit stieg von 5,9% im Jahr 2000 auf 6,8% 2001 an. Eine relativ stabile Inlandsnachfrage, insbesondere das kräftige Wachstum der Investitionen, verhinderten eine stärkere Wachstumsabschwächung.

Die im Jahr 2000 eingeleitete Erholung der Industrie kam 2001 aufgrund der kontinuierlich sinkenden Exporterlöse zum Erliegen. Im Ergebnis der Restrukturierungen und Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen stieg die Bruttowertschöpfung in der Industrie 2001 mit 4,2% zwar etwas stärker als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (3,7%), die Umsätze und der industrielle Output stagnierten jedoch (0,1% bzw. 0,7%). Einen positiven Wachstumsbeitrag leistete der Tourismus, der kräftig steigende Einnahmen zu verzeichnen hatte.

Die Fiskalpolitik hat ebenso wie im Vorjahr an ihrem Konsolidierungskurs festgehalten. In Reaktion auf das steigende Leistungsbilanzdefizit und die nach wie vor hohe Verschuldungsquote wurde insbesondere im letzten Quartal 2001 eine strengere Fiskalpolitik durchgesetzt. Das Defizit des Staatshaushalts lag im Jahr 2001 mit 0,9% des BIP noch unter der Plangröße von 1,5%.

Für das laufende Jahr geht die bulgarische Regierung von einem Wachstum von 4% des BIP aus, für 2003 werden 5% prognostiziert. Das Defizit der Leistungsbilanz soll in diesem und dem nächsten Jahr unterhalb von 6% des BIP gehalten werden. Diese Projektion basiert u.a. auf der Annahme einer weltwirtschaftlichen Erholung und der Einhaltung der wirtschafts- und strukturpolitischen Vorgaben im Rahmen des mit dem IWF im Februar 2002 getroffenen Standby-Abkommens. Diese beinhalten stabile makroökonomische Rahmenbedingungen auf der Basis des Währungsrats, eine strikte Fiskal- und Einkommenspolitik als auch weitere strukturelle Reformen im Bereich der Privatisierung und Liberalisierung. Zentrale Herausforderung ist angesichts der hohen Bedeutung der Nettoexporte für die aggregierte Nachfrage und für die Leistungsbilanz die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Die im Vergleich zum Euroland höhere Inflationsrate (2001: 7,5% jahresdurchschnittlich) stellt diese aufgrund der Währungsanbindung an den Euro über den Currency Board in Frage, es sei denn, das Inflationsdifferential wird durch eine entsprechende Steigerung der Arbeitsproduktivität kompensiert. Die bulgarische Regierung setzt in ihrem Programm daher auf die Förderung von Investitionen einschließlich höherer Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen, die im Zusammenspiel mit weiteren Restrukturierungen die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern sollen.

Produktion und Verwendung des BIP

Das hohe reale Wachstum der bulgarischen Wirtschaft im Jahr 2000 hat sich 2001 abgeschwächt. Nach den im April 2001 veröffentlichten revidierten Daten des Nationalen Statistischen Instituts ergibt sich für 2001 ein Wirtschaftswachstum von 4,0% des BIP (2000: 5,4% gegenüber ursprünglich 5,8%), nachdem zunächst ein Wachstum von 4,9% angegeben worden war. Verursacht wurde diese Wachstumsabschwächung durch die sich verschlechternden außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die einen Anstieg des Handelsbilanzdefizits insbesondere im letzten Quartal 2001 bewirkten. Die relativ stabile Inlandsnachfrage, insbesondere das kräftige Wachstum der Investitionen, verhinderten eine stärkere Wachstumsabschwächung.

Die im Jahr 2000 eingeleitete Erholung der Industrie kam 2001 zum Erliegen. Zwar stieg die

Bruttowertschöpfung in der Industrie 2001 mit 4,2% etwas stärker als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (3,7%), die Umsätze und der industrielle Output stagnierten jedoch. Der stärkere Anstieg der industriellen Bruttowertschöpfung spiegelt die Ergebnisse der Restrukturierung sowie der Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen wider. Verlustreiche Unternehmen konnten ihre Lohnstückkosten senken und erreichten wieder die Gewinnzone.

Die Umsätze der Industrie, die in den ersten beiden Quartalen noch kräftig gewachsen waren, sanken im weiteren Jahresverlauf aufgrund der kontinuierlich sinkenden Exporterlöse. Diese lagen im Gesamtjahr um 2,6% unter dem Vorjahreswert und standen damit in starkem Gegensatz zum Wachstum der Exporterlöse im Jahr 2000 (+26,1%). Die Inlandsverkäufe der Industrie, die 2000 noch um 7% gesunken waren, stiegen dagegen 2001 um 1,1%. Dies reichte jedoch nicht aus, um den sinkenden

Absatztrend im zweiten Halbjahr 2001 umzukehren. Die Umsätze stagnierten damit 2001 mit einem Zuwachs von 0,1% (2000: 4,6%). Das Wachstum der Industrieproduktion verlangsamte sich von 2,3% in 2000 auf nur noch 0,7% in 2001. Dieser Trend setzte sich auch im ersten Quartal 2002 fort. Die Industrieproduktion sank gegenüber dem Vorjahresquartal um 3,1%, die Umsätze um 10,6%, was auf eine wachsende Lagerhaltung hinweist.

Innerhalb der Industrie hatte vor allem der Bergbau (2001: -7,7%), hier insbesondere die Kohleförderung (-11,8%), starke Einbußen zu verzeichnen, da unrentable Zechen geschlossen wurden, um die Subventionen aus dem Staatshaushalt einzudämmen. Im laufenden Jahr soll der Restrukturierungsprozess abgeschlossen und alle Zechen privatisiert werden. Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes stieg 2001 geringfügig um 0,9%. Starke Zuwächse erzielte die Kommunikationstechnologie mit knapp 50%. Auch die Bekleidungsindustrie sowie die lederverarbeitende Industrie erzielten Zuwächse von jeweils rund 15%. Die relativ geringen Lohnkosten ermöglichten in diesen arbeitsintensiven Branchen weiterhin hohe Exporte. In anderen Branchen führten die, insbesondere zu Jahresende wegbrechenden Exporte zu Produktionsrückgängen.

Weitere Wachstumsimpulse kamen vom Dienstleistungsbereich, insbesondere dem Tourismus. Die Einnahmen aus dem Tourismus werden auf 1,3 Mrd. USD geschätzt und erreichten damit das höchste Niveau seit 1989. Die Zahl der ausländischen Besucher stieg um 17% gegenüber dem Vorjahr.

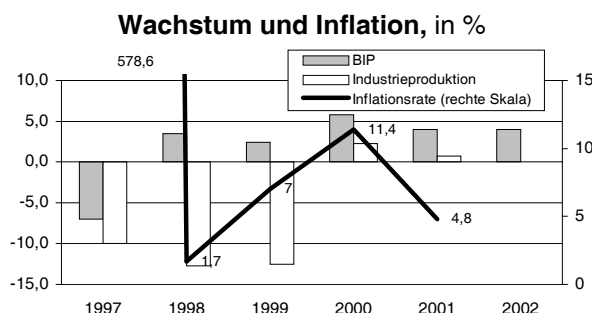
Die Landwirtschaft litt dagegen weiterhin unter der Dürreperiode des Jahres 2000, die sich bis in 2001 fortsetzte. Die Bruttowertschöpfung stieg 2001 nur gering um 0,7%. Die anhaltende Futtermittelknappheit führte zu weiteren Rückgängen im Viehbestand sowie bei der Produktion von tierischen Nahrungsmitteln wie Milch und Eiern.

Auf der Verwendungsseite des BIP wurde das Wachstum wiederum vor allem von den Investitionen getragen. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen 2001 um 19,9%. Die Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen ohne Bestandsveränderung), die im Zeitraum von 1997 bis 2000 bei durchschnittlich knapp 14% lag (2000: 15,7%), erhöhte sich damit zwar auf 17,8% des BIP. Sie liegt damit jedoch nach wie vor auf – für ein Transformationsland – relativ niedrigem Niveau. Bisher scheint das Wachstum im wesentlichen von einer intensiveren Nutzung des bestehenden Kapitalstocks getragen zu werden. Um wie angestrebt ein dauerhaftes Wachstum in der Größenordnung von 5% des BIP und Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu erzielen, ist eine wesentlich höhere Investitionsquote erforderlich. Die mittelfristigen Projektionen der bulgarischen Regierung im Rahmen ihres „Pre-Accession Economic Programme“ gehen von einem Anstieg der Investitionsquote auf 22,5% des BIP im Jahr 2004 aus.

Der private Konsum stieg nach den revidierten Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2001 um 4,5%. Das starke Wachstum der Konsumgüterimporte sowie der Anstieg der Reallöhne lassen sogar eine etwas stärkere Zunahme des privaten Inlandsverbrauchs vermuten. Möglicherweise wurde ein Teil des privaten Konsums als Zunahme der Lagerhaltung klassifiziert.

Die Nettoexporte leisteten 2001 einen negativen Wachstumsbeitrag. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der EU, auf die über die Hälfte der bulgarischen Exporte entfallen, sowie die Krise in der Türkei und Makedonien, weitere wichtige Absatzmärkte, führten zu einem Anstieg des Handelsbilanzdefizits, der auch auf die Leistungsbilanz durchschlug.

Für das laufende Jahr wird mit einem Wirtschaftswachstum von 4% des BIP gerechnet. Die EBRD prognostiziert 3,5%. Sollte sich der im ersten Quartal abzeichnende Trend einer weiter rückläufigen Exportentwicklung sowie einer sich abschwächenden inländischen Konsumnachfrage fortsetzen, könnte das Wachstum sogar noch etwas unterhalb dieser Marke liegen. Bei sich erholender Weltkonjunktur sowie Produktivitätsverbesserungen aufgrund der Strukturreformen könnte dann 2003 das Wachstum wieder zulegen.



Arbeitsmärkte, soziale Lage

Die Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin einer der zentralen Schwachpunkte der Wirtschaftsentwicklung. Die Beschäftigung ist seit 1997 um über 10% gesunken, da die massiven Beschäftigungseinbußen im staatlichen Sektor nicht durch neue Arbeitsplätze im privaten Bereich kompensiert werden konnten. Die Arbeitslosenrate (registrierte Arbeitslose) stieg daher von 14% in 1997 auf knapp 18% 2000. Zum Jahresende 2001 lag die Arbeitslosenquote mit 17,3% um einen halben Prozentpunkt unter dem Vorjahrswert (19,5% nach ILO-Definition). Die Arbeitslosigkeit ist regional stark differenziert und erreicht etwa im Nordwesten Bulgariens 28%. Dies verweist auf die geringe Mobilität der Arbeitskräfte, die z.T. durch Rigiditäten des Wohnungsmarktes verursacht ist. Besonders stark betroffen sind Jugendliche und unqualifizierte Arbeitskräfte. Über die Hälfte der Arbeitslo-

sen ist langzeitarbeitslos. Häufig entsprechen die Qualifikationsprofile nicht den Anforderungen des wachsenden privaten Sektors. Erst für 2003 kann mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Ergänzungen der Arbeitsgesetzgebung haben 2001 zu einer Verbesserung der Flexibilität des Arbeitsmarktes geführt. Sie ermöglichen die Kündigung von Arbeitsverträgen aus wirtschaftlichen Gründen, eine höhere Flexibilität der Arbeitszeiten sowie geringere Überstundenzuschläge. Die Verfahren bei Massenentlassungen bleiben aber restriktiv und erfordern eine schwierige Koordination mit den Gewerkschaften. Die Restrukturierung der Unternehmen wird dadurch erschwert. Dies gilt auch für die bisher weitgehend auf nationaler Ebene stattfindenden Lohnverhandlungen, die angesichts der hohen regionalen Gefälle dezentralisiert werden sollten. Wie in anderen Beitrittsländern behindern die hohen Lohnnebenkosten die Schaffung von Arbeitsplätzen im offiziellen Sektor.

Der seit 1998 zu beobachtende Anstieg der Reallöhne hat sich 2001, wenn auch abgeschwächt, fortgesetzt. Die Reallöhne stiegen um knapp 4%, wobei 2001 im Gegensatz zum Vorjahr die Löhne im staatlichen Sektor stärker als im privaten Sektor anstiegen. 2002 sollen die Löhne in 60 staatlichen, besonders verlustreichen Unternehmen, die einem strengen Monitoring unterliegen, an die Ertragsentwicklung gekoppelt und Zuwächse auf 2% begrenzt werden. Trotz des hohen Anstiegs der Reallöhne in den letzten Jahren wurde das Niveau zu Beginn der neunziger Jahre noch nicht wieder erreicht. Neueste Angaben der Weltbank zeigen aber einen Rückgang des Anteils der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (50% des Pro-Kopf-Einkommens) von 20% (1997) auf 6% im Jahr 2001.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Die bulgarische Regierung hat den seit der Einführung des Currency Boards verfolgten Kurs zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Jahr 2001 fortgesetzt. Während der ursprüngliche Budgetentwurf ein Defizit von 1,5% des BIP vorsah, hat die neue Regierung, auch im Hinblick auf das hohe Leistungsbilanzdefizit bzw. die hohe Verschuldung, das Budgetdefizit auf 0,9% des BIP gedrückt. Erreicht wurde diese Vorgabe durch eine Begrenzung der diskretionären Ausgaben auf 90% der Budgetansätze im vierten Quartal 2001, eine Verschiebung der Lohnerhöhungen im staatlichen Sektor sowie die Reduzierung des Personals innerhalb der zentralen Administration.

Der Haushaltsentwurf für das laufende Jahr sieht bei einem Wirtschaftswachstum von 4% des BIP, einer durchschnittlichen Inflation von 4,2% und einem Leistungsbilanzdefizit von 5,7% des BIP ein Haushaltsdefizit in Höhe von 0,8% des BIP vor. In

den Folgejahren soll dann schrittweise ein ausgeglichener Haushalt realisiert werden. Vorgesehen sind in 2002 weitere steuerliche Erleichterungen sowie Erhöhungen bei den Sozialaufwendungen. Letztere sollen durch den Abbau von Subventionen, der durch weitere Strukturreformen im Energie- und Gesundheitsbereich ermöglicht werden soll, finanziert werden. Die Steuersätze der Gewinnsteuer und persönlichen Einkommenssteuer wurden reduziert und liegen nun unter dem Durchschnitt der EU-Beitrittskandidaten. Gleichzeitig wurde die Steuerbasis erweitert und die Verbrauchssteuersätze an EU-Niveaus angepasst.

Um mittelfristig die fiskalische Konsolidierung abzusichern, wurden weitere Anstrengungen zur Reform des Rentensystems unternommen. Neben einer Konsolidierung der ersten Säule (staatliche Rentenversicherung im Umlageverfahren), u.a. durch schrittweise Erhöhung des Rentenalters, werden ab 1.1.2002 zwei Prozentpunkte der Sozialabgaben in eine zweite Säule (Kapitaldeckung; für alle Personen, die nach dem 1.1.1960 geboren wurden) abgeführt. Bis 2007 sollen die Zuführungen schrittweise auf sieben Prozentpunkte erhöht werden. Weitere Verbesserungen in den entsprechenden Regulierungen sollen sicherstellen, dass diese Mittel ebenso wie die Mittel der dritten Säule (freiwillige, kapitalgedeckte Rente) effizient und risikodiversifiziert investiert werden können.

Inflation und Geldpolitik

Der Preisanstieg hat sich nach dem vor allem energiepreisbedingten Anstieg im Jahr 2000 wieder verlangsamt. Zum Jahresende 2001 lag die Inflationsrate bei 4,8% (Dez./Dez.), im Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Inflationsrate von 7,5%. Im laufenden Jahr wird sich die Preissteigerung auf dem gleichen Niveau bewegen, vor allem aufgrund der Auswirkung eines 10%igen Anstiegs der administrativen Preise für Energie zu Jahresbeginn. Stärkerer Wettbewerb auf den Gütermärkten in Verbindung mit einer strikten Fiskal- und Einkommenspolitik soll zu einem Rückgang der Inflationsrate auf 5% in 2003 führen.

Die Entwicklung der wichtigsten Geldmengenaggregate zeigt eine weitere Erholung der Geldnachfrage bzw. anhaltendes Vertrauen in die heimische Währung. Die Lewakomponente der Geldmenge M3 stieg im Jahresverlauf real um knapp 20%, ebenso wie die Kreditvergabe an den nicht-staatlichen Sektor. Davon profitierten sowohl Konsumenten als auch Unternehmen. Eine Bewertung des Finanzsektors durch IWF und Weltbank verdeutlicht, dass das Bankensystem inzwischen konsolidiert ist und alle Banken die entsprechenden Richtlinien im Rahmen der Bankenaufsicht erfüllen. Allerdings bewegt sich die Kreditvergabe der Banken trotz des ansteigenden Trends auf geringem Niveau. Insbesondere langfristige Kredite werden wegen fehlender Sicher-

heiten kaum vergeben. Dies sowie die hohen Kosten der Finanzintermediation – obwohl sich der Spread zwischen Einlage- und Kreditzinsen wegen des zunehmenden Wettbewerbs unter den mehrheitlich in ausländischem Besitz befindlichen Banken verringert hat – behindert die Restrukturierung des Unternehmenssektors sowie den Markteintritt.

Außenwirtschaft

Die Handelsbilanz hat sich 2001 aufgrund einer deutlichen Abschwächung des Exportwachstums in Kombination mit steigenden Importen signifikant verschlechtert. Das Handelsbilanzdefizit stieg um 390 Mio. USD auf 1,56 Mrd. USD. Das Defizit der Leistungsbilanz erreichte nach vorläufigen Angaben 885 Mio. USD (6,8% des BIP) und lag damit um 26% über dem Vorjahresergebnis. Steigende Einnahmen aus dem Dienstleistungsbereich, insbesondere dem Tourismus, sowie deutlich erhöhte laufende Transfers konnten den Anstieg des Handelsbilanzdefizits nur teilweise kompensieren.

Die bulgarischen Gesamtexporte stiegen auf Dollarbasis 2001 um 5,8% auf 5,106 Mrd. USD. Die Importe stiegen aufgrund der starken Inlandsnachfrage um 11,2% auf 6,674 Mrd. USD (f.o.b.). Insbesondere die Einfuhren von Konsumgütern (+28,9%), aber auch industriellen Rohstoffen (+17,95) stiegen stark an. Die Investitionsgütereinfuhren stiegen trotz des starken Anstiegs der Bruttoanlageinvestitionen relativ geringer um 13,3% an. Rückläufig waren dagegen die Einfuhren von Mineralölprodukten und Energie aufgrund der gesunkenen Weltmarktpreise bei Öl und dem reduzierten Volumen des Öl- und Gasimports.

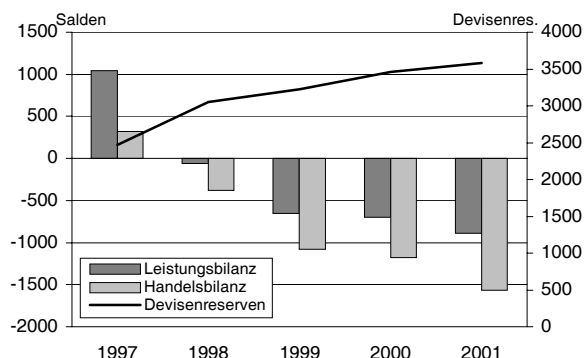
Bei den Ausfuhren stiegen trotz des rückläufigen Wachstums auf den Hauptabsatzmärkten vor allem die Exporte von Konsumgütern (+19,9%) und Investitionsgütern (+13,1%) weiter an. Der verlangsamte Anstieg der Gesamtexporte wird daher durch die Ausfuhren von Rohstoffen, auf die rund 40% der bulgarischen Gesamtexporte entfallen, erklärt. Sie sanken im Vergleich zu 2000 um 2,6%. Insbesondere die Ausfuhren von Stahl sanken aufgrund der geringeren Auslandsnachfrage und den gesunkenen Weltmarktpreisen. Die Ausfuhren von chemischen Rohstoffen stagnierten.

Die Länderstruktur des bulgarischen Außenhandels hat sich 2001 weiter zugunsten der EU verschoben. Auf sie entfallen nun 49,4% der Importe und 54,7% der Exporte. Bei den Importen ging diese Verschiebung zu Lasten der GUS-Staaten, bei den Exporten zu Lasten der Türkei und Jugoslawien. Die Exporte in beide Länder waren 2000 noch stark angestiegen.

Das Leistungsbilanzdefizit konnte 2001 im Gegensatz zum Vorjahr nicht vollständig durch ausländische Direktinvestitionen finanziert werden. Diese sanken nach vorläufigen Angaben um 31,2% ge-

genüber 2000 und erreichten nur noch 688,5 Mio. USD. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings die Privatisierung der Bulbank im Jahr 2000, die Zuflüsse in Höhe von 344 Mio. USD im Oktober 2000 erbrachte. Angesichts des mit dem IWF im Februar 2001 erreichten Beistand-Abkommens, das über 300 Mio. USD für zwei Jahre läuft, sowie des wiedergewonnenen Zugangs zu den internationalen Finanzmärkten stellen sich kurzfristig Bulgarien dennoch keine Finanzierungsprobleme. Erstmals seit 1990 wurde im November 2001 erfolgreich wieder eine Euro-Anleihe über 250 Mio. € emittiert. Das Kreditrating wurde in der Folge von allen wichtigen Ratingagenturen nach oben korrigiert (Standard & Poor's von B+ auf BB-; Moody's von B2 zu B1). Die Devisenreserven der Nationalbank stiegen auf 3,579 Mrd. USD zum Jahresende 2001. Dies entspricht fünf Monatsimporten. Hinter dem leichten Anstieg der Devisenreserven stehen vor allem statistische Effekte durch Einlagen von Deutschen Mark und anderen Euroland-Währungen im Vorfeld der EUR-Bargeldeinführung.

Außenwirtschaft
Salden und Devisenreserven in Mio. USD



Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Im Rahmen der Verhandlungen mit dem IWF haben die Bulgarische Regierung und die Bulgarische Nationalbank (BNB) im Februar 2002 ein gemeinsames Memorandum zur Wirtschaftspolitik vorgelegt, das die Grundlinien der Fiskal- und Strukturpolitik für die Jahre 2002/2003 vorgibt. Darin bekräftigen Regierung und BNB, dass sie mindestens bis zum EU-Beitritt am Currency-Board festhalten wollen. Hervorgehoben wird der zentrale Stellenwert einer flexiblen Fiskalpolitik, um das Währungsregime abzusichern. Durch weitere strukturelle Reformen soll die Wettbewerbsfähigkeit der bulgarischen Wirtschaft erhöht werden. Dazu zählen im laufenden Jahr die Reform des Gesundheits- und Rentensystems, der Abschluss des Privatisierungsprogramms im Bankensektor, die Reform des Energiesektors und eine weitere Liberalisierung des Handels. 2003

soll die Privatisierung des Unternehmensbereichs abgeschlossen, die weitere Öffnung des Energiemarktes vorangetrieben sowie die Privatisierung der Stromerzeuger und -verteiler eingeleitet werden.

Um die Effizienz des Privatisierungsprozesses zu verbessern, wurde inzwischen dem Parlament ein neues Privatisierungsgesetz vorgelegt. Es beseitigt alle bisherigen Vorzugsbedingungen für Management-employee Buyouts und beschränkt das Privatisierungsverfahren auf Auktionen und die öffentliche Ausschreibung von Unternehmensanteilen. Direkte Verhandlungen mit Kaufinteressenten soll es danach nicht mehr geben. Bis Ende 2002 sollen weitere Privatisierungen von Großunternehmen abgeschlossen werden. Dazu zählen die Privatisierung von Bulgarischtabak und dem Festnetz-Telekommunikationsmonopolisten BTC, die bereits zur Jahresmitte 2002 erfolgen soll. Weitere Privatisierungsvorhaben betreffen das Staatliche Versicherungsinstitut, sieben Stromverteilergesellschaften, 36 Wasserkraftwerke sowie die Bulgarische Flussschiffahrtsgesellschaft. Bis Mitte 2002 sollen auch alle verbliebenen staatliche Anteile in bereits privatisierten Unternehmen verkauft werden.

EU-Erweiterung

Seit Aufnahme der Verhandlungen über den Acquis communautaire im Februar 2000 wurden bis Ende 2001 14 Kapitel des Acquis vorläufig abgeschlossen.

Bulgarien lag in dieser Hinsicht damit an vorletzter Stelle der zwölf Kandidatenländer. In ihrem Fortschrittsbericht stellt die EU fest, dass Bulgarien die politischen Kriterien eines EU-Beitritts erfüllt. Weitere Anstrengungen sind allerdings erforderlich, um die Transparenz und Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu verbessern.

Bezüglich der wirtschaftlichen Kriterien kommt die Kommission zur Schlussfolgerung, dass Bulgarien nahe an einer funktionierenden Marktwirtschaft ist. Mittelfristig sollte Bulgarien in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten, vorausgesetzt, die eingeleiteten Reformen werden fortgesetzt und intensiviert. Angemahnt werden insbesondere Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Abbau von Hemmnissen für die Entwicklung des privaten Sektors. Für dauerhaftes Wachstum fordert die EU ein höheres Niveau der privaten und öffentlichen Investitionen.

Bis Ende April 2002 wurden in einer neuen Verhandlungsrunde inzwischen drei weitere Kapitel abgeschlossen. Damit könnte nach Einschätzung der bulgarischen Chefunterhändlerin Meglena Kuneva der Weg frei sein, dass die EU Bulgarien als funktionierende Marktwirtschaft einstuft. Die neue bulgarische Regierung will nun bereits bis Ende 2003 die Verhandlungen zum Abschluss bringen. Eine Teilnahme Bulgariens an der für 2004 geplanten ersten Erweiterungsrunde ist aber unwahrscheinlich.

MICHAEL KNOGLER

Bulgarien

Fläche: 110 Tsd. km²; Bevölkerung: 7,29 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. BGN	17,432	22,421	23,790	26,752	29,618	.
BIP, nominal	Mrd. USD	10,40	12,74	12,96	12,59	13,55	.
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	-5,6	4,0	2,3	5,4	4,0	4,0
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	1263	1547	1582	1544	1539	.
	Kaufkraftparität	4700	4880	5110	5540	5990	.
BIP	Index 1989=100 ¹	65,1	67,7	69,3	73,0	76,0	.
Industrie	Index 1989=100 ¹	52,3	45,6	39,9	40,8	41,1	.
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	-10,0	-12,7	-12,5	2,3	0,7	.
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	12,4	0,2	-0,6	-9,2	.	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	-4,4	-0,2	8,0	-16,8	.	.
Struktur lt. VGR							
Industrie ²	% des BIP	25,0	27,3	25,1	25,8	25,2	.
Landwirtschaft ²	% des BIP	23,4	16,8	14,5	12,3	12,1	.
Dienstleistungen ²	% des BIP	41,0	45,5	49,5	50,5	51,2	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	57	57	57,1	61,3	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	34,4	44,2	53,3	68,0	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	55,3	61,0	65,0	.	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %	-20,9	35,2	20,8	15,4	19,9	.
Investitionsquote lt. VGR ³	% des BIP	9,9	16,9	17,9	18,3	20,4	.
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	503,1	537,2	801,7	999,7	678,8	.
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	15,3	41,1	50,0	49,0	65,0	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	3,060	3,035	2,971	2,734	.	.
Männer	Mio. Personen	1,629	1,612	1,582	1,453	.	.
Frauen	Mio. Personen	1,431	1,423	1,389	1,281	.	.
in der Industrie	% d. Besch.	32,0	30,6	28,4	32,8	.	.
im Staatssektor	% d. Besch.						
Arbeitslosenquote, ges., JE	%	15,0	16,0	17,0	16,4	19,6	.
Männer	%	14,7	16,1	17,3	16,6	20,4	.
Frauen	%	14,7	16,1	17,3	16,5	18,5	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	359,3	9,6	11,4	17,2	24,8	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz,	7,0	5,2	4,6	4,7	4,8	.
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD	%, jährl., aufg. Kredite						
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	1082,3	18,8	2,6	10,4	7,5	7,5
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	578,6	1,7	7,0	11,4	4,8	.
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	1002,8	16,5	3,1	17,2	7,7	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	965,6	46,5	13,3	11,6	11,7	.
Nettolöhne, real, JD ⁴	Veränd. gg. Vorj., %	-19,5	23,5	10,7	2,4	7,6	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	-10,0	2,6	9,3	4,9	4,5	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	-36,4	2,0	-2,1	0,2	2,5	.
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.						

Bulgarien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Lebensstandard							
Monatslohn, JD	USD,						
brutto	Amtl. Wechselkurs	80,5	111,0	120,6	118,0	127,5	.
brutto	Kaufkraftparität	294	394	385	409	.	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%						
Altersrente/Durchschn.-lohn	%						
Öffentliche Haushalte (kons.)							
Einnahmen	Mio. BGN	5352	8913	9190	10352	11837	.
Ausgaben	Mio. BGN	5708	8689	9412	10620	12093	.
Budgetsaldo	Mio. BGN	-356	224	-223	-269	-255	.
Budgetsaldo	% des BIP	-2,1	0,9	-1,0	-1,1	-0,9	-0,8
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	109,4	96,2	88,1	84,0	72,2	.
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	4809,0	4193,5	4006,4	4824,6	5106,5	.
Import	Mio. USD	4488,0	4574,2	5087,4	6002,2	6674,4	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	321,0	-380,7	-1081,0	-1175,5	-1567,8	.
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	43,2	49,7	52,1	51,3	54,7	.
Deutschland	% der Exporte	9,5	10,4	9,9	9,1	9,5	.
GUS ⁵	% der Exporte	17,9	12,7	9,0	6,1	5,8	.
Russland	% der Exporte	7,9	5,4	4,7	2,5	2,3	.
CEFTA	% der Exporte	2,8	4,8	4,4	4,0	4,8	.
Import aus							
EU	% der Importe	37,1	45,0	48,1	44,0	49,4	.
Deutschland	% der Importe	11,5	13,8	14,9	13,9	15,3	.
GUS ⁵	% der Importe	33,7	25,9	23,5	27,8	23,7	.
Russland	% der Importe	29,3	20,0	20,1	24,3	19,9	.
CEFTA	% der Importe	4,6	5,6	6,4	8,7	7,6	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	564	713	721	877	1040	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	474	533	493	594	994	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	90	180	228	283	346	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	1046,3	-61,4	-651,7	-701,6	-887,5	.
	% des BIP	10,3	-0,5	-5,3	-5,9	-6,8	-5,7
Währungsreserven, ges., JE	Mio. USD						
der Nationalbank, JE	Mio. USD	2468	3056	3222	3460	3579	.
Wechselkurs, JD	BGN /USD	1,677	1,760	1,838	2,124	2,185	.
	BGN /EUR	1,896	1,972	1,956	1,956	1,956	.
Realer Wechselkurs, JE ⁶	Index 1995=100	112,9	116,5	112,4	117,0	117,1	.
Terms of Trade	Index 1990=100						
Auslandsverschuldung,							
Brutto, Dez.	Mio. USD	9760,2	10274,3	10204,4	10364,3	9903,5	.
Netto, Dez.	Mio. USD	7292,2	7218,3	6982,4	6904,3	6324,5	.
Brutto	% des BIP	96,2	83,8	82,3	86,5	76,0	.
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	139,2	171,8	176,1	148,1	131,5	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	12,8	20,0	18,0	16,7	20,4	.

Anmerkung: * = vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch. ² Bruttowertschöpfung zu laufenden Preisen. ³ einschl. Bestandsveränderung. ⁴ öffentlicher Sektor. ⁵ Staaten der früheren Sowjetunion. ⁶ Effektiver realer Wechselkurs, deflationiert mit dem Konsumgüterpreisindex zum Ende der Periode. Index Juni 1997 = 100.

Quellen: Angaben des Nationalen Statistik-Instituts Bulgariens, Bulgarische Nationalbank, Bulgarisches Wirtschaftsministerium, IWF, WIIW, PlanEcon, EBRD, Stat. Bundesamt, eigene Berechnungen.